

Gewissen

30 Pfennige

Siebenter Jahrgang — Nummer 36

Montag, den 7. September 1925

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

Völkerbündchen?

Die Völkerbundtagung ist eröffnet. Erster Punkt der ersten Tagesordnung: Bericht und Aussprache über die Völkerbundsenquête wegen Mossul. Aber die Tagesordnung wird abgeändert, weil die Herren Delegierten noch nicht genügend vorbereitet sind, die Frage von Mossul öffentlich zu diskutieren. Während dieser Tagung dürften sie sich auch nicht mehr „vorbereiten“ können. Anstelle der Frage von Mossul wird die der Bekämpfung des Sklaven- und Mädchenhandels von Aleppo gesetzt. Für diese Frage sind die Herren Delegierten immer „vorbereitet“. Uebrigens sind Chamberlain, Briand und Vandervelde bereits in Genf. Sie gehen nicht in die Vollziehungen des Völkerbundes, sondern unterhalten sich in ihren Hotels: über Mossul und — über den Sicherheitspakt. Mit ihm beschäftigen sich unter gültiger Assistenz eines Italiens die völkerrechtlichen Experten der auswärtigen Ämter von Deutschland, Frankreich und England in London. Inzwischen erholt sich Herr Stresemann in Nordern. Er sagt, er könne sich das leisten, weil unser Vertreter, Ministerialdirektor Gauß, keinerlei Vollmacht habe, irgend einer Regelung zuzustimmen, und es sich überhaupt nur um juristische Fragen zur Vorbereitung des Sicherheitspaktes handele, nicht um das politische Problem des Paktes selbst. Was soll sich wohl das deutsche Volk bei diesen beruhigenden Erklärungen seines Herrn Außenministers denken? Es gönnt ihm ja die Ruhe in Nordern, es würde ihm den längsten Urlaub gönnen, den er sich überhaupt wünschen kann, ja sogar das otium cum dignitate eines bewährten Staatsmannes, um seine Erinnerungen zu schreiben. Aber es hat selbst nicht die Ruhe, die der „handelnde“ Staatsmann besitzt. Man liest nämlich in der englischen und französischen Presse, daß der Sicherheitspakt „mariniert“, daß der Vertrag zurzeit von den Juristen ausgearbeitet werde, und daß vielleicht schon in vierzehn Tagen die Konferenz stattfinden werde, die Konferenz der Außenminister, auf welcher der Pakt unterzeichnet werden soll. Daß er abgegeschlossen werde, sei selbstverständlich. Deutschland könne sich der Konsequenz nicht mehr entziehen, unter den von seinem Juristen mit den Juristen Englands und Frankreichs unter Assistenz des Italiens ausgearbeiteten Vertrag Unterschrift und Siegel zu geben. Damit Deutschland nicht ausweiche, erwartet man sogar von uns die Einladung zur Konferenz und würde sich selbst mit einem Konferenzort im Lande der Boches, vielleicht mit einem Weltkurort an dem fast schon französisch-englischen Rhein einverstanden erklären. Und selbst der Vorsitz dürfte Herrn Stresemann angeboten werden! Damit Deutschland nicht ausweiche! So faßt die öffentliche Meinung in den Ententeländern die „unverbindliche“ Arbeit der Juristen auf. Auch wir sind der Ansicht, daß, wenn Ministerialdirektoren der auswärtigen Ämter von Berlin, Paris und London einen Vertragsentwurf kauen, das Ergebnis ihrer Arbeit, selbst wenn sie sich darüber nur als Fachleute geeinigt haben, eben politische Folgen haben muß! Der eines Tages zu unterschreibende Vertrag kann noch Veränderungen erfahren; wie viele, das hängt von der Stärke desjenigen ab, der die Veränderungen wünscht. Aber sicher ist, daß das Konzept die politischen Unterhändler verhandlungsmäßig binden wird, und zweifellos ist, daß dem Entwurf ein gültiger Vertrag folgen muß! Ein Vertrag, der eben auf dem Entwurf aufgebaut sein wird. Es ist lächerlich, die Vorarbeit der Juristen als unpolitisch zu bezeichnen, ihren unverbindlichen Charakter tröstend hervorzuheben und uns darüber hinwegtäuschen zu wollen, daß die juristische Vorarbeit politische Folgen haben wird. Wenn schon Stärke dazu gehört, wesentliche Änderungen gegenüber dem Entwurf in den politischen Verhandlungen durchzuführen, welche Stärke gehört dazu, um den Entwurf, dem den eigenen Juristen zugestimmt hat, überhaupt abzulehnen und an dieser vorletzten Station der Sicherheitspolitik aus dem Zuge wieder auszusteigen, den man selbst unter Voll dampf hat abgehen lassen.

Bildet sich Herr Stresemann ein, daß er, weil er nunmehr vom Parlament und seinen Parteien ganz unkontrolliert auf die Konferenz über den Sicherheitspakt gehen wird, diese Stärke besitzt, um Halbesignale oder gar Schlüsselsignale geben zu können, oder auch nur, um Weichen zu

Aus dem Inhalt:

Völkerbündchen?

Das Problem der zwischenstaatlichen Konnationale

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Kené Léser Ley und General Percin

Von Dr. Karl Brill

„Partei bis in die Knochen“

Von Hugo Schlüter

Kritik der Presse

stellen für eine andere Fahrtrichtung, als die ist, über welche sich die Juristen in London jetzt verständigen? Oder will er behaupten, daß die Juristen leeres Stroh dreschen und sich nur über Voraussetzungen und Nebenfragen der Sicherheitspolitik unterhalten, statt daß sie am Vertrag selbst arbeiten?

Was die Voraussetzungen und Nebenfragen betrifft, wie zum Beispiel unseren Eintritt in den Völkerbund, von dem die Gültigkeit des Sicherheitspaktes abhängen soll, beziehungsweise die Revision der Völkerbundsbedingungen, die wir wünschen und bis vor kurzem noch unsererseits zur Voraussetzung für unseren Eintritt in den Völkerbund machten, so hat Herr Stresemann, ehe er in seinen jetzt leider so verregneten Urlaub an die Nordsee reiste, ein offenes Wort gesprochen, das leider in der deutschen Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet worden ist. Dies Wort ist sehr geeignet, die Herren Juristen in London in ihrer Unterhaltung über den Sicherheitspakt vor jedem Seiten sprung in die Materie der Voraussetzungen und Nebenfragen zu bewahren, und in ihrer Hauptarbeit der Karographierung eines Sicherheitspaktes festzuhalten. Das Wort des Herrn Stresemann kündigt die Kapitulation des Widerstandes an, den er gegen die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes wegen der von der Entente stipulierten Voraussetzung unseres Eintritts in den Völkerbund bisher festgehalten hatte.

Herr Stresemann besitzt die große Kunst, seine Kapitulation in einer Form vorzubringen, die der ahnungslosen Menge ein Ausdrück nationalen Selbstbewußtseins zu sein scheint. Und das bei Gelegenheiten, da sich das nationale Pathos stimmungsmäßig ausstößt. Kurz, ehe er in seiner Rede an die Auslandsdeutschen dem Wunsche Ausdruck gab, daß der Zeitpunkt nicht allzu fern sein möge, „in der wir im ganzen Deutschland auf freiem Grund mit freiem Volke stehen“, übersetzt er diesen „Gedanken an unser Recht auf Freiheit und Größe“ in die voraussetzende Frage, „ob wir nicht gerade für deutsche Minderheiten in der Welt und für die Beachtung der internationalen Verträge, welche diese Rechte sicherstellen sollen, durch unsere Mitwirkung im Völkerbund besonders wirken können?“ Diese Frage stellte derselbe Außenminister, der bisher den in der internationalen Öffentlichkeit stark umstrittenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor Revision des Artikel 16 als indistinkabel bezeichnet hatte!

Notwendige Taktik! So wird sich unser großer Staatsmann entschuldigen. Was die Bedeutung des Völkerbundes selbst betrifft, so denkt wahrscheinlich Herr Stresemann: Seht! Das Völkerbündchen beschäftigt sich mit den Liebesmärkten von Aleppo! Sollen wir ihn so ernst nehmen, innetwegen unsere Sicherheitspolitik preiszugeben, die uns erlaubt, „auf freiem Grund mit freiem Volke zu stehen“?

Das Problem der zwischenstaatlichen Konnationale.

Von Max Hildebert Boehm.

Im Großen und im Kleinen können wir immer wieder beobachten, wie der Kampf des verprengten deutschen Volkstums um sein Lebensrecht dadurch erschwert wird, daß unsere gesamte juristische Denkform der westeuropäischen Problemlage entstammt und dem Osten völlig unangemessen ist. Wir schleppen uns mit einem Begriffsgut, das wir einstweilen schwer entbehren können, obgleich es mehr Verwirrung als Klarheit in die ostmitteleuropäischen Verhältnisse bringt. Es gilt heute in mühseliger Kleinarbeit nachzuholen, was Jahrhunderte verläumt oder verdorben haben.

Ein ganz besonderer begrifflicher Unfug wird mit dem Worte Nation getrieben. Wenn der Westen heute genötigt ist, in Ostmitteleuropa das Vorhandensein von sogenannten nationalen Minderheiten anzuerkennen, dann ist damit die Relativität des westlichen Begriffs von Nation als Staatsbevölkerung, ja fast als Staat selber — wie in der „Liga der Nationen“ in aller Form zugegeben. Nichts desto weniger verwenden wir noch immer das Wort Internationalismus im Sinn von Zwischenstaatlichkeit. Ob man von der Internationale der Arbeiterkraft, des Kapitals oder des Hochadels spricht: immer denkt man in erster Linie an soziale Bindungen, die sich quer über die staatlichen Grenzen legen und irgendwie gleichgeartete Teilgruppen von verschiedenen Staatsbevölkerungen gesinnungsmäßig oder organisatorisch zusammenfassen. Es ist paradox genug, daß nun gerade der moderne Nationalismus auf eine Zusammenfassung von Sprach- und Kulturgemeinschaften über die staatlichen Grenzen hinweg drängt, so daß neben die bisher bekannten heute die konnationale „Internationale“ der Polen, der Ukrainer, der Magyaren und vor allem der Deutschen tritt, womit dann glücklich der Nationalismus zum Unwandel des Internationalismus im überkommenen Sinn erhoben ist. Die Unbrauchbarkeit der ererbten westlichen Lieblingsbegriffe läßt sich kaum schlagender als an diesem Beispiel dartun.

Wer mit nüchternem Auge die Lage unseres Volkes überblickt, kommt leicht ins Klare darüber, daß wir mit den schlagwortmäßigen Vorurteilen gegen jeden „Internationalismus“ brechen müssen. Tak in der engen Lebens einheit, die Europa nun einmal darstellt, die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht auf den diplomatischen Verkehr beschränkt sein können, sondern gewissermaßen unterhalb des Staatlichen eine in hervorragendem Maße gesellschaftliche Angelegenheit darstellen, brauchte uns nicht erst durch das Proletariat bewiesen zu werden. Schon die Zusammenstöße mit dem katholischen Empfinden hätten uns zeigen sollen, daß hier ein allzu grobes Begriffswerkzeug einer vielfältigeren Wirklichkeit Gewalt antut. Es gibt dem Wesen oder vielleicht auch nur dem Anspruchs nach internationale Bindungen, aus denen sich unausweichliche zwischenstaatliche Konsequenzen auf dem Gebiet des tätigen Lebens ergeben. Ein Volkstumsbewußtsein braucht durchaus nicht schwach zu sein, weil es höhere religiöse Verbindungen auf Grund einer bestimmten Anschauung von der Rangordnung der Werte anerkennt. Andererseits kann die Verabsolutierung zwischenstaatlicher Sozialwerte auch mit einer gradweise abgestuften Gleichgültigkeit gegenüber Staat und Volk verbunden sein, so daß man statt Internationalismus besser der Ausdruck Unationalismus gebrauchte, der sich theoretisch und praktisch in das dem Nationalismus entgegengesetzte Extrem des Antinationalismus steigern kann. Schließlich gewinnt der Internationalismus selber einen neuen Sinn, wenn ihm eine strenge Brägung von Nation statt der verwachsenen westlichen Bedeutung unterlegt wird. Sucht man nach entsprechenden deutschen Ausdrücken, so kann man zwischen übervolkslichen, unvolkslichen oder volksfreien, volksfremden, dann widervolkslichen und im neuen Sinn zwischenvolkslichen Bindungen scheiden. Ob diese Wendungen sich einführen werden, läßt sich heute nicht sagen. Immerhin

Bestellungen

auf das „Gewissen“ bitten wir bei der eigenen Post anita aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt für diesen Fall eine Mark. Vom Verlage werden nur Bestellungen auf Streifenbandbezug entgegengenommen. Der monatliche Bezugspreis bei Streifenbandverlag beträgt M. 1,25.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W 30, Mohrstr. 22.